



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V.



Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.



Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.



Landesvereinigung der Arbeitgeber- und
Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.



Vereinigung der Unternehmensverbände
für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

**Gemeinsame Position
der ostdeutschen Wirtschaftsverbände zu den aktuellen Strukturfonds-
Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission
für die Kohäsionspolitik ab 2007**

Die europäische und nationale Strukturpolitik steht vor einer weitreichenden Umgestaltung. Dies erfolgt im Zuge der Beendigung der aktuellen EU-Förderperiode Ende 2006 und der Erweiterung der Europäischen Union durch den Beitritt zehn neuer Mitgliedstaaten. Die europäische Strukturpolitik sowie die Regionalpolitik des Bundes und der Länder trägt in besonderem Maße zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bei und gleicht strukturelle Defizite innerhalb der Bundesrepublik aus.

Im Dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (3. Kohäsionsbericht) hat die Europäische Kommission im Februar 2004 grundlegende Vorschläge für die zukünftige EU-Strukturpolitik nach 2006 vorgelegt. Im Sommer vergangenen Jahres legte sie zudem Entwürfe für eine neue Strukturfondsgrundverordnung und die einzelnen Fondsverordnungen vor.

Für Deutschland ist die Regionalpolitik auch in den nächsten Jahren von entscheidender Bedeutung. Der wirtschaftliche Veränderungsprozess in den neuen Bundesländern ist noch lange nicht beendet. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer doppelt so hoch wie in Westdeutschland, die Zahl der Unternehmen noch zu gering und deren Struktur im Vergleich zu den alten Ländern überproportional geprägt durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ist vorwiegend gering. Diese Schwierigkeiten trugen dazu bei, dass der wirtschaftliche Aufholprozess in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten ist.

Bund und Länder haben in den kommenden Monaten mit hoher Verantwortung die Verhandlungen zum EU-Haushalt und den Strukturfonds ab 2007 zu führen bzw. zu begleiten. Es kommt dabei darauf an, die kritische Haushaltssituation der öffentlichen Hand zu berücksichtigen, die Erfordernisse für den weiteren Aufbau Ost zu beachten und die Interessen der ost- und westdeutschen Bundesländer zu integrieren.

Für die ostdeutsche Wirtschaft besteht die oberste Priorität darin, den beihilferechtlichen Status im Sinne eines Ziel-1-Gebietes zu erhalten, weil anderenfalls eine Stärkung der wirtschaftlichen Basis und die Werbung von Investoren deutlich erschwert wird. Darüber hinaus ist aus Sicht der Wirtschaft eine hohe Effizienz bei der Verwendung der Strukturfondsmittel anzustreben.

Vor diesem Hintergrund vertreten die ostdeutschen Wirtschaftsverbände folgende gemeinsame Position zu den aktuellen Strukturfonds-Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission:

1. Inhalte

1. Der Maßnahmen-Katalog des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) sollte stark reduziert und auf die nachhaltige Förderung dringend notwendiger betrieblicher Investitionen, wirtschaftsbezogener Infrastruktur sowie die Förderung der Innovationsentwicklung konzentriert werden.
2. Die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollten sich auf stringente strukturelle, wirtschaftsorientierte Entwicklungsperspektiven ausrichten, statt erfahrungsgemäß ineffektive sozialpolitische Maßnahmen zu fördern. Dies sollte durch Investitionen in das Humankapital erfolgen, die insbesondere mit dem EFRE ein fondsintegratives Gesamtkonzept ergeben.
3. Grundsätzlich sollten die Verordnungsentwürfe inhaltlich deutlich gestrafft und weniger detailliert ausgeführt werden. Damit wird der Ausgestaltung der spezifischen Operationellen Programme größeres Gewicht beigemessen und den Anforderungen der jeweiligen Region wesentlich besser Rechnung getragen.

2. Organisation

1. Die Wirtschafts- und Sozialpartner sind bei der Vorbereitung und Erstellung des nationalen Strategiekonzeptes und der einzelnen Operationellen Programme frühzeitig einzubeziehen. Das Partnerschaftsprinzip bei der Begleitung und Kontrolle des Strukturfondseinsatzes muss in allen ostdeutschen Ländern vertieft und qualitativ weiterentwickelt werden.
2. Statt isolierter Monofonds-Verwaltungen durch verschiedene Ressorts sollten die Maßnahmen der verschiedenen Fonds auf Landesebene möglichst stark miteinander vernetzt und integriert werden. Für die kritische Begleitung der künftigen Fondsinterventionen sind unbedingt die bisherigen Erfahrungen und Kompetenzen der bestehenden Begleitausschüsse zu nutzen. Die Wirkungsanalysen auf Länderebene sollten jeweils zentral und fondsübergreifend erfolgen.

3. Die Additionalität als wichtiges inhaltliches Prinzip nachhaltiger, effektiver Strukturfondsinterventionen ist unbedingt zu stärken. Bundes- und Landesmittel für aktuelle Pflichtaufgaben sollten nicht durch europäische Strukturfondsmittel substituiert werden.

3. Finanzen

1. Der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) sollte unbedingt eine deutliche Mittelpriorität zugunsten produktiver, langfristig wirkender Investitionen erhalten.
2. Zur Effizienzverbesserung sollten alle Fördermittelempfänger eine sinnvolle und angemessene Eigenbeteiligung leisten.
3. Das europäische Beihilferecht mit den zulässigen Subventionswertobergrenzen sollte so einfach wie möglich gestaltet werden. Eine Trennung zwischen kleinen und mittleren Unternehmen sollte nicht erfolgen.
4. In Anbetracht der wirtschaftlichen und konstitutionellen Rahmenbedingungen in Europa sollte auf das Instrument einer gewichtigen Investitionsförderung für Großvorhaben noch nicht verzichtet werden.

Schwerin, Berlin, Potsdam, Dresden, Magdeburg, Erfurt,
im Januar 2005